

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 298.10 / 27.05.2010

Residenzpflicht aufheben – Keine Freiluftgefängnisse für Geduldete und Asylbewerber!

Zur heute in Hamburg beginnenden Innenministerkonferenz erklärt die migrations- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Luise Amtsberg**:

Wieder ein Mal steht das Thema Residenzpflicht auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz, wieder ein Mal sind die Aussichten auf Erfolg gering. Damals scheiterte die Umsetzung an der schwarz-roten Bundesregierung, heute stellt sich Schwarz-Gelb einer Lockerung dieser restriktiven Maßnahme in den Weg.

Schleswig-Holstein kann hier aber auch ohne die anderen Bundesländer handeln und die Residenzpflicht per Rechtsverordnung für das Landesgebiet aufheben. Brandenburg macht es vor: Dort soll es Asylbewerbern in Kürze möglich sein, sich ohne Erlaubnis im gesamten Bundesland frei zu bewegen.

Bereits im Dezember forderten die Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag die Aufhebung der Residenzpflicht für geduldete Flüchtlinge und Asylbewerber, prallte damit aber auf eine schwarz-gelbe Wand der Unwilligen. Die Behörden sind angewiesen den Betroffenen die Bewegungsfreiheit zuzugestehen, sollten diese sich „wohlverhalten“.

Die Grüne Landtagsfraktion lehnt diese Art des Umgangs mit Flüchtlingen und Asylbewerbern in Gänze ab. Die Praxis der Residenzpflicht erinnert mehr an Freiluftgefängnisse, als an einen würdevollen Umgang. Auch Flüchtlingen und Geduldeten sollte das Grundrecht auf freie Bewegung zustehen.

Wir fordern Innenminister Schlie und Justizminister Schmalfuß auf, sich auf der IMK für die Aufhebung der Residenzpflicht auszusprechen und in einem weiteren Schritt die Residenzpflicht in Schleswig-Holstein aufzuheben!

Anlage: Landtagsantrag DS 17/110